

Staatsanwaltschaft Köln, 50926 Köln

Herrn
Uwe Rüding
Oerweg 24
45657 Recklinghausen

Altzeichen
121 Js 1144/22
bei Antwort bitte angeben

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Amt Justizzentrum 13
50939 Köln
Telefon: 0221/477-0
Telefax: 0221/477-4050

**Strafanzeige gegen Heidelinde Weis u. a.
wegen Öffentliche Aufforderung zu Straftaten u.a.**

Sehr geehrter Herr Rüding,

im Anschluss an die Ausstrahlung einer Talkshow namens „Kölner Treff“ im WDR vom 14.10.2022 haben Sie sowie zahlreiche weitere Bürgerinnen und Bürger Strafanzeige gegen Frau Heidelinde Weis, gegen die übrigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Talkshow, gegen die Moderatorin Bettina Böttlinger sowie gegen redaktionell verantwortlichen Personen des WDR erstattet.

Ihre Strafanzeige steht unmittelbar im Zusammenhang mit einem durch Frau Heidelinde Weis geäußerten Zitat in der Sendung, in welcher diese Ihre Missbilligung über Demonstrantinnen und Demonstranten aus der sogenannten Coronamaßnahmenkritiker- bzw. Querdenkerszene zum Ausdruck bringt.

Im Rahmen der Sendung und des Kontextes des von Ihnen sowie zahlreichen weiteren Bürgerinnen und Bürgern zur Strafanzeige gebrachten Zitates äußert sich die von Ihnen angezeigte Frau Weis im Wortlaut in Bezug auf das Verhalten der sogenannten „Coronamaßnahmenkritiker“ bzw. „Querdenker“ wie folgt:

„[...] Ich war auch so wütend weil ich diese Lager...diese beiden Lager. Wie können die Menschen so nicht sein und sich nicht überlegen was sie tun? Die gehen auf die Straße und demonstrieren gegen Impfungen und...also, die sind wirklich zu prügeln diese Menschen. Und dann passieren solche Dinge [...]“

Die von Ihnen beantragte Einleitung eines Ermittlungsverfahrens setzt nach § 152 Abs. 2 der Strafprozessordnung voraus, dass zureichende tatsächliche und konkrete

Anfahrhinweise: KVB-Linie 18 bis Haltestelle Weißhausstraße

Sprechzeiten: Mo, Mi, Fr 08:30-12:30 Uhr, Di 08:30-11:30 Uhr und 13:00-15:00 Uhr, Do 08:30-11:30 Uhr und 13:00-14:30 Uhr.

Kontoverbindung: Zahlstelle Köln, Deutsche Bundesbank -Filiale Köln- IBAN DE87 3700 0000 0037 0015 12, BIC MARKDEF1370

Anhaltspunkte für das Vorliegen einer verfolgbaren Straftat bestehen. Diese Anhaltspunkte müssen sich auf den objektiven und subjektiven Tatbestand eines Strafgesetzes beziehen. Der von Ihnen geschilderte und zu Anzeige gebrachte Sachverhalt fällt unter keine strafrechtliche Vorschrift. Durch die zitierte und von Ihnen zur Anzeige gebrachte Äußerung besteht weder hinsichtlich der von Ihnen angezeigten Heidelinde Weis noch hinsichtlich der Moderatorin Bettina Böttiger oder den übrigen Talkshow Gästen ein Anfangsverdacht im Sinne des § 152 der Strafprozessordnung hinsichtlich einer verfolgbaren Straftat. Auch in Bezug auf etwaige redaktionell verantwortliche Personen des WDR liegen keine objektiven Anhaltspunkte im Hinblick auf eine Strafbarkeit vor.

Das zur Anzeige gebrachte Zitat der Frau Weis ist vielmehr im Rahmen einer umfassenden und kontextualisierten Gesamtbetrachtung im emotional aufgeladenen politischen Meinungskampf vollumfänglich vom Grundrecht auf Meinungsfreiheit nach Artikel 5 des Grundgesetzes gedeckt und erfüllt rechtlich weder den Tatbestand einer öffentlichen Aufforderung zu Straftaten im Sinne des § 111 des Strafgesetzbuches noch den Tatbestand der Volksverhetzung nach § 130 des Strafgesetzbuches.

Eine Aufforderung im Sinne des § 111 StGB setzt zunächst eine bestimmte, über bloßes Befürworten hinausgehende konkrete Erklärung voraus (BGH NJW 1984, 1631), die sich an unbestimmt viele Menschen richtet. Ausreichend ist grundsätzlich, wenn die Tat ihrer Art und ihrem rechtlichen Wesen nach konkretisiert ist (BGH NSZ 1998, 403 [404]).

Für die Bejahung des Aufforderungscharakters einer Erklärung ist jedoch die bloße Information, politische Unmutsäußerungen oder Provokation ebenso wenig ausreichend wie das Anreizen im Sinne einer berechnenden Stimmungsmache, das bloße Befürworten von Straftaten oder Meinungsäußerungen, selbst wenn sie bei dem einen oder anderen Adressaten deliktische Pläne auslösen. In der Aufforderung muss vielmehr der konkrete und unmissverständliche Wunsch nach Realisierung des angesonnenen kriminellen Verhaltens deutlich werden, sie muss also konkreten Appellcharakter haben (OLG Karlsruhe, NSZ 1993, 389 [390]). Als tatbestandlich sind damit nur solche Bekundungen anzusehen, die zumindest den konkreten Eindruck der Ernstlichkeit erwecken, das heißt der Auffordernde muss nach dem Gesamtzusammenhang seiner Erklärung zumindest damit rechnen, seine Äußerung werde vom Erklärungsempfänger als zweckgerichtete Aufforderung zur Begehung bestimmter Straftaten verstanden (vgl. BGH NJW 1984, 1631). Die erforderliche Auslegung der Erklärung hat sich dabei nicht nur auf einzelne Formulierungen zu beschränken, sondern der Inhalt der Erklärung ist unter Heranziehung des gesamten Kontexts, in dem sie steht sowie vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen, sozialen und politischen Geschehens, in dem sie abgegeben worden ist, zu ermitteln. Für die Ermittlung des Aussageinhalts ist darauf abzustellen, wie die Erklärung von einem unvoreingenommenen und unbefangenen Durchschnittsempfänger verstanden wird (vgl. BGH NJW 2000, 3421).

Ein nach den Parametern der ständigen Rechtsprechung geforderter konkreter

Appellcharakter kann in dem tatgegenständlichen Zitat der angezeigten Heidelinde Weis gerade nicht gesehen werden. Es handelt sich allenfalls um eine provokante Äußerung im Rahmen einer politisch konnotierten Missbilligungskundgabe gegen das Verhalten der Personen, welche der Ideologie der sogenannten „Querdenker“ bzw. „Coronamaßnahmenkritiker“ angehören. Mit dem Satz „...die sind zu prügeln diese Leute“ fordert Frau Weis offenkundig niemanden ernsthaft zu aktiven körperlichen Gewalt- oder zu Willkürmaßnahmen gegen Personen auf, welche gegen Corona-Schutzmaßnahmen oder freiwillige Corona-Schutzimpfungen demonstrieren bzw. etwaige politische Schutzmaßnahmen ablehnen. Vielmehr ergibt sich aus dem Gesamtkontext der Konversation, der äußeren Umstände der getätigten Äußerung (es handelt sich um eine emotionale Debatte im Rahmen einer Talkshow unmittelbar vor dem Zitat von Frau Weis äußerte sich ein männlicher Studiogast darüber, dass sein Vater zu Anfangszeiten der Pandemie an Corona verstorben sei, da die Krankenhäuser überfüllt und überlastet gewesen seien und es noch keinen Impfstoff gegeben habe) sowie der Mimik und Gestik der Frau Weis, dass es sich um ein sprachlich-rhetorisches Stilmittel sowie eine emotionale und bildliche Übertreibung handelt. Der aus Sicht eines objektiven und verständigen Betrachters des Zitates aufgrund einer offenkundigen emotionalen Betroffenheit der Frau Weis eher „hapsig“ und umgangssprachlich formulierte Satz „...die sind zu prügeln diese Leute“ ist im Rahmen einer objektiven und verständigen Betrachtung im Gesamtkontext allenfalls als metaphorische Missbilligung im Hinblick auf das Verhalten der Menschen, welche staatlichen Corona Schutzmaßnahmen und wissenschaftlich zugelassenen Vakzinen ablehnend gegenüber stehen, zu interpretieren. Es ist demnach nicht auszuschließen – vielmehr ist es sogar sehr wahrscheinlich – dass Frau Weis mit der besagten Äußerung allenfalls ihren Unmut sowie ihren inhaltlichen Dissens und ihr Unverständnis bezüglich der sogenannten „Maßnahmenkritiker“-Bewegung zu verdeutlichen beabsichtigte. Besagte Missbilligung der politisch-ideologischen Bewegung der sogenannten „Coronamaßnahmenkritiker“ bzw. „Querdenker“ und die plakative Kritik an dem Verhalten dieser besagten politischen Bewegung (welche von der absoluten Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland als wissenschaftsfern und von Verschwörungsmythen getrieben angesehen wird) im Rahmen der globalen Pandemiepolitik und der damit einhergehenden gesellschaftlichen Debatte ist jedoch ohne Weiteres von der verfassungsrechtlich garantierten Meinungsfreiheit nach Art. 5 des Grundgesetzes gedeckt. Es handelt sich bei dem tatgegenständlichen Zitat im Rahmen einer umfassenden, inhaltlichen Deutung und Abwägung demnach allenfalls um eine umgangssprachliche Kundgabe der Missbilligung und Ablehnung im politischen Meinungskampf, welche im Rahmen der Verwendung bildlicher Sprachbegriffe in etwa zu vergleichen ist mit anderen bildlich geprägten Redewendungen wie „denen muss man die Hammelbeine langziehen“, „bei denen muss es mal scheppern“ oder „denen muss man zeigen wo der Hammer hängt“. Auch bei diesen umgangssprachlichen Redewendungen handelt es sich offenkundig um sprachlich-stilistische Übertreibungen und nicht um aktive und ernsthafte Aufforderungen zu Gewalttätigkeiten.

Aus besagten Gründen ist auch ein Anfangsverdacht hinsichtlich einer Volksverhetzung

im Sinne des § 130 StGB nicht begründbar, zumal es sich bei der politisch-ideologisch geprägten Gruppe der sogenannten „Coronamaßnahmen-Kritiker“ bzw. „Querdenker“ bereits nicht um einen vom Schutzbereich des § 130 StGB erfassten Teil der Bevölkerung handelt. Doch auch unabhängig von dieser juristischen Bewertung wäre die Äußerung der Frau Weis aus den bereits genannten Gründen vollumfänglich vom Grundrecht auf Meinungsfreiheit geschützt. Ergänzend ist in diesem Zusammenhang besonders zu beachten, dass im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland insbesondere in einem politisch und emotional aufgeladenen Meinungs Austausch – auch provokante, polemische oder besonders scharf formulierte Missbilligungskundgaben oder Formulierungen vom Grundrecht auf Meinungsfreiheit gedeckt sein können und vom politischen Gegner im Rahmen einer politisch emotional geführten Gesellschaftsdebatte auszuhalten sind. So verhält es sich in diesem Fall auch hinsichtlich des von Ihnen zur Anzeige gebrachten Zitates der Frau Heidelinde Weis.

Aufgrund des Umstandes, dass die Äußerung von Frau Heidelinde Weis keinen strafrechtlich relevanten Anfangsverdacht begründet, ist auch das Verhalten der übrigen angezeigten Studiogäste, der Moderatorin der Sendung sowie den verantwortlichen Personen in der WDR Redaktion strafrechtlich nicht relevant.

Die Einleitung von Ermittlungen kam deshalb nicht in Betracht.

Hochachtungsvoll

Sengöz
Staatsanwalt